

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 4046 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 51 A

BERLIN • Dienstag, den 1. März 1932

1 JAHRGANG

Wird Japan vorsichtiger?

Nachdem am Sonnabend von japanischer Seite gemeldet worden war, daß die Chinesen Kiangwan verloren hätten, ist am Sonntag die Nachricht eingetroffen, daß von einem Zurückdrängen der chinesischen Stellungen an diesem Ort keine Rede sein könne. Freilich wird von japanischer Seite das Eintreffen neuer Truppenmassen bestätigt. Aber zugleich weisen andere Nachrichten darauf hin, daß die unerwarteten Schwierigkeiten, auf die die Japaner bei Schanghai gestoßen sind, sie danach ausschauen lassen, statt der Feindseligkeiten diplomatische Verhandlungen einzuleiten. So heißt es z. B., Japan begünstige die Schaffung eines militärischen „Sicherheitsgürtels“ innerhalb einer 20 km-Zone; der japanische Vertreter in Genf sei angewiesen, Japans Bereitwilligkeit zu einem Rückzug auf „eine gewisse Entfernung“ durchzuführen, falls die Chinesen die Räumung hinter die 20 km-Grenze vollzogen hätten. Ein deutlicher Versuch also, zu einem Abschluß zu kommen, ohne doch das Prestige zu gefährden.

Dazu kommt, daß am Freitag in Tokio japanische Bankiers darauf hingewiesen haben, daß der Yen gefährdet sei und neue Kriechmaßnahmen notwendig seien.

Der Entschluß der Chinesen, die japanischen Truppen zu schützen, im Wachsen begriffen. Der japanische Heeresführer, FANG, hat dazu aufgerufen, Schanghai unter keinen Umständen preisgeben zu lassen. Die Mandschurische Eisenbahn wird gemeinsam mit der japanischen Armee besetzt.

Die neuesten Meldungen besagen, daß Japan noch kein Waffenstillstand unterbreitet hat. Die japanische Regierung hat China mit der Versorgung von Lebensmitteln und Kriegsmaterial. Wie über London mitgeteilt wird, sind am Freitag über 100 Telegramme ans Ausland gesandt worden, in denen dringend Übersendung von Kriegsmaterial gefordert wird.

Die amtliche Verlustliste des japanischen Hauptquartiers zählt auf seiten der Japaner seit dem Beginn der Kämpfe in Schanghai 232 Tote und 1500 Verwundete. Die Verluste der Chinesen werden beträchtlich höher angesetzt. Vor allem ist die Zivilbevölkerung stark betroffen, deren Verluste in die Tausende gehen durch den Angriff von Artillerie und Fliegerbomben.

Zur Lage in der Mandschurei.

Die tagelangen Verhandlungen zwischen Tokio und Moskau über die Inanspruchnahme der ostchinesischen Bahn sind nach einer amtlichen Meldung aus Moskau vorläufig zum Abschluß gekommen. Die von der Moskauer Regierung gestellten Fragen sind am Sonnabend beantwortet worden. Zwar seien noch keine genaueren Nachrichten über die Schritte des japanischen Oberkommandos in Mukden da, aber alle Truppenbeförderungen seien lediglich zum Schutz der in Charbin lebenden etwa 20 000 japanischen Staatsangehörigen unternommen worden. Das Oberkommando in Mukden sei angewiesen worden, auf die Einhaltung der sowjet-russischen Rechte zu achten. Daraufhin hat die Sowjet-Regierung die russischen Behörden der Ostbahn angewiesen, die Beförderung japanischer Truppen bis zu bestimmt angegebenen Bahnhöfen zu gestatten. Die russische Regierung hat in Tokio um Teilung der Mandschurei mit Japan alle in den russisch-japanischen Verträgen enthaltenen Bestimmungen über die Benützung der Mandschurei anzuheben ersucht. Der japanische Botschafter hat diese Anfrage sofort nach Tokio übermittelt.

Versammlungen in kleinen Orten und in der Presse auf dem Lande besonders schlimm. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt, daß es weniger auf Zeitungsverbote ankommt, als darauf, auch in der Presse der radikalen Parteien der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb müssen m. E. die Verwaltungsbehörden vom Recht der Notverordnung, in den gegnerischen Zeitungen Erwidern und Richtigstellungen gegenüber verleumderischen Angriffen zu bringen, ausgiebig Gebrauch machen.

Daß SEVERING sein Verhalten als parteipolitische Neutralität und als Enthaltung von Wahlbeeinflussung bezeichnet, ist ein starkes Stück. Gegen Schutzmaßnahmen gegen Presselügen ist gewiß nichts einzuwenden. Wohin aber heute die Pressenotverordnung führt, zeigen die an anderer Stelle mitgeteilten neuesten Verbote, die ein Parteigenosse von SEVERING und BRAUN erlassen hat.

Tardieu an der Arbeit.

k Paris, 28. Februar.

Ministerpräsident TARDIEU reist am heutigen Sonntag abend nach Genf ab. Er fährt am Dienstag nach Paris zurück, um an einem Ministerrat teilzunehmen und wird noch am gleichen Tage die Führung der französischen Abordnung in Genf wieder übernehmen. Am Freitag wird der Ministerpräsident erneut in Paris erwartet, da er vor dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer über die allgemeine politische Lage berichten soll.

Nach Mitteilung von gut unterrichteter französischer Seite beabsichtigt TARDIEU im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz den Antrag einzubringen, daß die Hauptaussprache über den Abkommensentwurf des Völkerbundes, der als die Grundlage der Gesamtverhandlungen angenommen worden ist, sofort mit der Durchberatung des großen Vorschlages der französischen Regierung auf Schaffung einer internationalen Streitmacht und Ausbau der Sicherheitsgarantien eröffnet wird. Man will auf französischer Seite darauf hinweisen, daß der Artikel 1 des Abkommensentwurfes ausdrücklich eine Herabsetzung der Rüstungen nur „soweit wie möglich“ feststellt. Eine Herabsetzung der Rüstungen ist nach französischer Auffassung nur nach Maßgabe der Schaffung neuer Sicherheitsgarantien möglich.

Der deutsche Botschafter von HOESCH stattete am Sonnabend dem französischen Ministerpräsidenten in dessen Eigenschaft als Außenminister einen Besuch ab, bei dem die zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen einer allgemeinen Betrachtung unterzogen wurden. Es handelte sich dabei um den ersten Besuch des Botschafters bei TARDIEU nach der Bildung der neuen Regierung.

AUS DEM INHALT:

Bergarbeiterelend in Amerika.
Sachlichkeit oder Demagogie?
Hitler, der Lautsprecher.
Zwei Verbote.
30 Bergarbeiter vermißt.
Der Lebenshaltungsindex.
Solidarität.
Noch Opfer des Weltkrieges.

Wen soll man wählen?

Die SPD hat in ihrer „Vorwärts“-Nummer vom 27. Februar nunmehr ihre Parole für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl formuliert. Mit der Begründung: **Schlagt HITLER!** empfiehlt sie: Darum wählt HINDENBURG! Ihre Beweisführung ist sehr einfach: THÄLMANN und DÖSTERBERG seien bloße Zählkandidaten; ernsthafte Rivalen seien nur HINDENBURG und HITLER; von diesen beiden sei HINDENBURG das kleinere Übel, also solle man ihn wählen.

In dieser Beweisführung sind die entscheidenden Argumente falsch, zum mindesten schief. Selbstverständlich ist die Parole: **Schlagt HITLER!** oder besser: **Schlagt den Faschismus!** richtig. Aber damit ist keineswegs erwiesen, daß es dafür keinen geeigneteren Kandidaten gegeben hätte als HINDENBURG. Der Faschismus ist gewachsen unter der Herrschaft HINDENBURGS, unter der Herrschaft seiner politischen, wirtschaftlichen und anderen Notverordnungen, die vor allem die deutsche Arbeiterschaft geknebelt haben. Unter der Herrschaft HINDENBURGS ist die deutsche Rechtsprechung immer mehr dazu übergegangen, linke Politiker wegen der geringsten Vergehen schwer zu bestrafen und rechte wegen oft scheußlicher Verbrechen nur mit lächerlichen Strafen zu bedenken, wenn nicht gar freizusprechen. Unter HINDENBURGS Herrschaft ist ferner der Militarismus mit all seinen üblen Begleiterscheinungen zu neuer Größe erwachsen, wie die Maßnahmen Herrn GROENERS und seiner Generäle beweisen; wir nennen nur das Urteil gegen KREISER-OSSIETZKY, das Verbot jeder Zeitung, die auch nur die geringste Kritik an der militärischen Allmacht zu üben wagt, die Freigabe der Reichswehr für die Nazis, die — wie man hört — nicht einmal jetzt zurückgenommen werden soll, obwohl der Reichstag sich für diese Zurücknahme ausgesprochen hat.

Es entbehrt daher gewiß nicht allen Grundes, den heutigen politischen Zustand in Deutschland als gemäßigten Faschismus anzusprechen.

Jeder, der gegen den Faschismus kämpfen will, darf sich also nicht darauf beschränken, gegen die Person ADOLF HITLERS oder seine Partei zu kämpfen. Es ist nicht das Endziel der Arbeiterschaft, die Herrschaft des extrem-reaktionären Bürgertums durch die Herrschaft des gemäßigt-liberalen oder eines noch verwascheneren Bürgertums abzulösen. Auf die Dauer kommt es bei der Herrschaft des Bürgertums, das mit der des Kapitalismus, des Nationalismus und des Imperialismus unlösbar verknüpft ist, zu schweren und schwereren Krisen und damit auch schließlich zu dem Versuch der faschistischen Lösung dieser Krisen. Sache der Arbeiterschaft ist es, diesem ständigen Wechsel zwischen kapitalistischer Prosperität und Krise, sowie dem jetzigen faschistischen Landsknechtstum ein Ende zu machen durch den Sozialismus.

Gewiß steht der sozialistische Sieg bei der Wahl des deutschen Reichspräsidenten nicht unmittelbar auf der Tagesordnung. Aber ebenso sicher ist, daß man in Richtung auf den sozialistischen Sieg mehr tun kann und also mehr tun soll, als für die bevorstehende Wahl mit allen Mitteln einer kleinbürgerlich-nationalistischen Beweisführung Herrn von HINDENBURG als den Kandidaten der Arbeiterschaft herauszustreichen. Die Arbeiterschaft hätte bei einer gemeinsamen Aktion einen Kandidaten

Über den Wahlkampf.

h Berlin, 27. Februar.

Am Sonnabend fand im preußischen Innenministerium eine Konferenz der preußischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten unter der Leitung des Innenministers SEVERING statt. Ministerpräsident BRAUN und die Minister STEIGER und GRIMME nahmen daran teil. Zunächst einiges aus SEVERINGS Redo.

Keine Wahlbeeinflussung?

Das unmittelbar vor uns liegende wichtigste politische Ereignis ist die Wahl des Reichspräsidenten. Die preußische Verwaltung wird und darf keine Wahlbeeinflussung treiben. Nichtsdestoweniger aber ist die Haltung der preußischen Staatsregierung klar und eindeutig und muß auch die Stellung der preußischen politischen Beamten bei der Reichspräsidentenwahl klar und eindeutig sein. Sie wird es ganz automatisch durch den Aufmarsch der Kandidaten und durch unsere (?) Stellung zu den Parteien der Negation. Den Kandidaten der staatsfeindlichen Parteien, der Nationalsozialisten und der Kommunisten, darf kein Erfolg beschieden sein! Und neben den Kandidaten dieser Parteien gibt es nur einen ernsthaften Kandidaten: HINDENBURG.

Parteipolitische Neutralität?

Zu den Parteien der Nationalsozialisten und Kommunisten, die unverhüllt ihren Vernichtungswillen dem heutigen Staat gegenüber zur Schau tragen, kann es keine andere Einstellung für die preußische Staatsregierung und preußische Beamte geben, als die bisherige ablehnende. Daran kann auch eine wirkliche oder scheinbar andere Beurteilung einzelner Stellen der Reichsregierung nichts ändern. Deshalb ist es die Auffassung der Staatsregierung, daß bei aller (?) Wahrung der parteipolitischen Neutralität der Bestrebungen staatsfeindlicher Parteien auch im Kampf um den Reichspräsidentenposten entschieden entgegengetreten werden muß.

Presse unter Notverordnung.

Selbstverständlich soll besonders in der Zeit des Wahlkampfes eine kleinliche Handhabung der polizeilichen Befugnisse gegenüber Versammlungen und Pressepolemiken unterbleiben. Das heißt jedoch nicht, Verleumdern in Presse und Versammlungen Freibriefe ausstellen. Ich bitte Sie daher, von der Möglichkeit, Verleumdungen der Reichs- und Staatsregierung in der Presse durch Auflage von Berichtigungen entgegenzutreten, weitgehenden Gebrauch zu machen. Die radikalen Parteien sind in der Wahl ihrer Mittel völlig skrupellos.

Ministerpräsident BRAUN führte zu diesem Thema aus: Die Bevölkerung ist heute durch die lastende Wirtschaftsnot politisch krank und jeder tollen Lüge leicht zugänglich. Deshalb sind die Folgen geistiger Brunnenvergiftung in den

aufstellen können. der gegenüber HINDENBURG, DÜSTERBERG und HITLER durchaus ernst zu nehmen gewesen wäre, auch in bezug auf Stimmenzahl. Gerade für den ersten Wahlgang hätte der gemeinsame Kandidat der Arbeiterschaft gute Chancen gehabt, den Sieg des Proletariats vorzubereiten. Denn, obwohl der erste Wahlgang voraussichtlich keinen der Kandidaten zum Sieg geführt hätte, so würde doch der gemeinsame Wahlkampf der klassenbewußten Arbeiterschaft und die deshalb sicher zu erwartende ungeheuer große Zahl von Stimmen für diesen Kandidaten dazu geführt haben, daß aus dieser seit langer Zeit zum ersten Male gemeinsam durchgeführter Aktion ein solcher Aufschwung erwachsen wäre, daß der zweite Wahlgang nicht nur alle Säumigen in den Reihen der Arbeiterschaft mobil gemacht hätte, sondern daß auch große Teile „des gemäßigten linken Bürgerturns“ und der christlichen Arbeiterschaft sich für den gemeinsamen Arbeiterkandidaten eingesetzt und damit vielleicht seinen Sieg entschieden hätten.

Auf jeden Fall hätten die Führer der SPD und der freien Gewerkschaften, — natürlich auch der KP — die Pflicht gehabt, diese Möglichkeiten zu erörtern und zu prüfen, um so mehr als sie von verschiedenen Seiten, darunter auch vom ISK, darauf aufmerksam gemacht worden waren. Sie haben das nicht getan, und zwar von Seiten der SP in der Hauptsache mit der mehr als offensichtlichen Ausrede, die KP würde für einen solchen Schritt nicht zu haben sein. Die KP hat sicher alles getan, die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten allen daran Interessierten möglichst zu erschweren. Ihr Benehmen in dieser Hinsicht ist gewiß unter aller Kritik. Das hätte aber selbstverständlich keinen Menschen, der von der Richtigkeit einer Einheitsfrontpolitik in der Präsidentschaftsfrage überzeugt war, zu veranlassen brauchen, sich ebenso engstirnig zu benehmen.

Und wenn die SP Einigungsverhandlungen mit der KP von vornherein für aussichtslos hielt, was hat sie z. B. davon abgehalten, einen linken Sozialdemokraten aufzustellen, oder was hat den ADGB davon abgehalten, einen seiner Besten als Kandidaten aufzustellen? Sicher nicht die Sturheit der KPD; denn die KPD hätte gegenüber einem solchen Kandidaten der SP oder der freien Gewerkschaften nicht die bequeme Ausflucht gehabt wie gegenüber Herrn von HINDENBURG: daß es sich hier nicht um einen Kandidaten der Arbeiterklasse handele. Hier hätte sich für einen ernsthaften Verfechter einer proletarischen Einheitsfront eine gute Gelegenheit geboten, das leere Phrasentum der KP, das sich als revolutionär gebärdet, in seiner ganzen Hilflosigkeit zu entlarven.

In der Tat hätte, bei anhaltender Verbocktheit der KP, sich vielleicht mancher kommunistische Arbeiter schon im ersten Wahlgang entschlossen, den Kandidaten der freien Gewerkschaften — oder auch einen gut ausgewählten der SP — zu wählen. Durch eine solche Politik hätte die KP unter Umständen williger gemacht werden können, für den zweiten Wahlgang sich mit einer gemeinsamen Kandidatur einverstanden zu erklären, vor allem dann, wenn sie dazu besonders von den freien Gewerkschaften aufgefordert worden wäre und man ihr über den geeigneten Mann Verhandlungen angeboten hätte.

Eine solche Lösung hätten wir für eine der Arbeiterschaft würdige und notwendige gehalten. Statt dessen versteift sich die KP auf ihren Parteimann, und die SP — froh über diese Verrantheit — hängt sich an den linken Arm des Bürgertums.

Wen sollen wir angesichts dieser Lage wählen? Für den ersten Wahlgang sind die Listen geschlossen. Man ist also — wenn man nicht bei der Entscheidung überhaupt unbeteiligt bleiben will — genötigt, aus dem vorhandenen Quartett einen Kandidaten auszuwählen. Dafür bleibt nach Lage der Dinge nur THÄLMANN

Schutz vor Luftangriffen.

k Paris, 27. Februar.

Unter der Führung des Pariser Polizeipräsidenten und im Anschluß an verschiedene Sitzungen des nationalen Verteidigungsrates ist jetzt in Paris eine Verteidigungsorganisation gegen Luftangriffe geschaffen worden, die sich aus drei Hauptausschüssen zusammensetzt.

Der erste dieser Ausschüsse nennt sich Provinzial-Ausschuß für passive Verteidigung. Ihm gehören Vertreter des Kriegsministeriums, des Polizeipräsidenten, des Roten Kreuzes und der Feuerwehr an. Der Ausschuß wird durch elf Unterausschüsse ergänzt, von denen jeder ein eng umgrenztes Arbeitsgebiet hat. Die elf Unterausschüsse sind: 1. Ausschuß für Schutz, 2. für Alarm, 3. für die Verdunkelung der Stadt, 4. für Industrieunternehmen, 5. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsdienst, 6. Verkehrswesen, 7. Feuer, 8. Polizei, 9. Sanitätsdienst, 10. Schutz gegen Gas, 11. Desinfektion und Aufräumung.

Der zweite Hauptausschuß, der die Bezeichnung Vollzugausschuß trägt, ist beauftragt, die von den elf Unterausschüssen vorbereiteten Maßnahmen in die Praxis umzusetzen.

Der dritte Hauptausschuß endlich hat die Aufgabe, die Bevölkerung von Paris in ihrer Gesamtheit vor allen Gefahren eines Luftangriffes zu schützen und die Durchführung bzw. Vorbereitung der Schutzmaßnahmen zu überwachen.

Die an sich berechnete Forderung nach Sicherheit kann bei solchen Uebersteigerungen zu einer den Frieden gefährdenden Nervosität führen. Die Arbeiterschaft in Deutschland hat die Aufgabe, den voraussichtlichen Gegenstoß deutscher Nationalisten gegen diese französische Schutzmaßnahme mit Ruhe und Festigkeit entgegenzutreten.

Blum gegen Tardieu.

k Paris, 28. Februar.

LEON BLUM setzt sich im „Populaire“ mit dem französischen Plan in Genf auseinander, dem er jede auf die Abrüstung hinwirkende Bestrebung abspricht. BLUM betont, daß eine internationale Streitmacht nur dann ein wahrer Ordnungshüter sein könne, wenn sie vollkommen entwaffneten Staaten gegenüberstehe. Die Schaffung der internationalen Armee müsse daher die Abrüstung der nationalen Heere voraussetzen. Abgerüsteten Staaten gegenüber habe man jedoch keinerlei Streitmacht — selbst internationalen Charakters — nötig, da der moralische Druck genügen würde, sie im gegebenen Falle zur Ordnung zu rufen.

Entsprechend könnte man schließen: Die Polizeimacht eines Staates ist nur dann ein sicherer Ordnungshüter, wenn die einzelnen Staatsbürger entwaffnet sind; sind sie das aber, so ist die Polizei unnötig!

In Wahrheit ist zwar in beiden Fällen die Forderung der Entwaffnung notwendig; aber keine Entwaffnung macht den einzelnen Staat oder den einzelnen Staatsbürger völlig machtlos; keine schließt aus, daß er sich wieder bewaffnet. Darum bedürfen wir — in jedem Staat so gut wie im Zusammenleben der Völker — einer Macht, die ausschließlich im Dienst des Rechts steht und die der möglichen Macht des Einzelnen überlegen ist.

Übrig: weit er wenigstens der Arbeiterschaft angehört, wenn auch seine Partei nicht deren Politik treibt. Das ist sicher keine große Empfehlung für ihn.

Aller Voraussicht nach ist der erste Wahlgang nur ein Kräfteessen für den zweiten. Es ist also in der Richtung auf einen gemeinsamen Kandidaten der Linken noch nicht alles verloren. Noch immer können, wenn auch unter wesentlich erschwerten Umständen, Schritte unternommen werden — und zwar von jedem Genossen bis hinauf zu den Spitzen der Arbeiterorganisationen —, die dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft sich wenigstens für den zweiten Wahlgang auf einen gemeinsamen Kandidaten einigt und sich damit — unabhängig von kaiserlichen Generälen und katholischen Lichtbringern — auf ihre eigenen Füße stellt. Der ISK wird diese Arbeit fortsetzen.
Der Vorstand des ISK.

Neubildung des Direktoriums in Memel.

z Memel, 27. Februar.

Gouverneur MERKYS hat den Rektor der litauischen Volksschule in Memel, EDUARD SIMMAT, zum Präsidenten des Direktoriums ernannt. SIMMAT soll versuchen, ein Direktorium auf parlamentarischer Grundlage zu bilden.

w Kowno, 27. Februar.

Wie aus Memel gemeldet wird, soll der am Sonnabend ernannte Landespräsident SIMMAT mit den Mehrheitsparteien über die Bildung eines Direktoriums Verhandlungen aufgenommen haben und zu Landesdirektoren das Mitglied der Volkspartei, LIUTKUS, und das Mitglied der Landwirtschaftspartei, WASCHKIES, ausersehen haben.

Zaunius gegen Brüning.

w Kowno, 27. Februar.

Der litauische Außenminister ZAUNIUS hielt am Sonnabend im Staatstheater vor geladenem Publikum einen Vortrag über den Memelkonflikt, wobei er auf die von Reichskanzler BRÜNING im Reichstag geäußerte Androhung von Repressivmaßnahmen antwortete, Litauen werde sich von seinem Rechtsstandpunkt in der Memelfrage nicht um Haarsbreite, selbst nicht durch Anwendung schärfster Repressivmaßnahmen, abdrängen lassen.

Deutsch-österreichische Verhandlungen über Fürsorgefragen.

v Berlin, 27. Februar.

Zwischen deutschen und österreichischen Vertretern haben dieser Tage in Berlin Besprechungen über die fürsorgerechtere Behandlung hilfsbedürftiger Oesterreicher in Deutschland und hilfsbedürftiger Reichsdeutscher in Oesterreich stattgefunden. Die dabei vereinbarten Grundsätze geben die Gewähr für die Gegenseitigkeit der Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen.

Klage der Jesuiten abgewiesen.

p Madrid, 28. Februar.

Die Klagen des Jesuitenordens gegen die von der Nationalversammlung beschlossene Ausweisung und die Konfiszierung seines Besitzes sind vom Obersten spanischen Gerichtshof als grundlos zurückgewiesen worden.

Einreiseerlaubnis für Trotzki.

w Prag, 27. Februar.

Die Prager Regierung soll nach verschiedenen Meldungen die Absicht haben, diesmal das Einreisegesuch TROTZKIS zu bewilligen. TROTZKI und seine Familie sollen die Erlaubnis erhalten, sich drei Monate in einem Bade der Tschechoslowakei aufzuhalten. Die Aufenthaltserlaubnis wird allerdings an die Bedingung geknüpft worden, daß TROTZKI nach Ablauf der Bewilligung wieder in die Türkei, wo er gegenwärtig wohnt, zurückkehren kann. Ob diese Bedingung erfüllt werden kann, wird auf diplomatischem Wege untersucht.

Eine vorzügliche Grundlage.

Das katholische „Neue Reich“ bringt in einem Artikel „Solche Soldaten brauchen wir“ die folgende Notiz: „Seit mehreren Jahren werden in den bayerischen Exerzitionshäusern eigene Kurse für Reichwehrgesoldaten angehalten. Ingesamt haben im Bereich der 7. (bayerischen) Division im Jahre 1930 451 Mann Exerzition gemacht. Die vorgestellten Stellen haben den hohen Wert dieser religiösen Schulung darin erkannt, daß sie eine vorzügliche Grundlage ist für opferfreudige, vaterländische Gesinnung.“

Berichtigung.

In der Nr. 50 des „Funkens“ muß es auf der 2. Seite unter der Überschrift „Die Abstimmungsmaschine“ an der Stelle über den bekannten Reichswehrerlaß heißen: Angenommen mit 226 Stimmen der SP, KP und Staatspartei gegen 173 Stimmen bei 38 Enthaltungen.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(50. Fortsetzung.)

Brandt fährt über Stirn und Haar. Nein, in weiter Ferne liegt die Sintflut! Muß in weiter Ferne liegen! Die Gedanken jagen in seinem Gehirn. Ist nicht schon das Schwungrad der ungeheuren Maschine angeworfen? Stehen nicht die Maschinemeister eines Erdteils mit aufgerissenen Augen da und starren in den komplizierten Mechanismus, der plötzlich nicht mehr gehen will? Schreckerfüllt tasten die Hände, probieren alle Ventile, um das wachsenden Ueberdrucks Herr zu werden? Ein Heer von Ministern, Diplomaten, Parlamentariern und Presseleuten verzichten auf Nachtschlaf und Mahlzeiten. Sie treiben die Maschine weiter an, bremsen, bewußt, unbewußt. Drähte und Funken schleudern beschwörende, drohende, verwirrende Depeschen um den Erdball. Von Hauptstadt zu Hauptstadt brausen Flugzeuge mit Kurieren und Mittelpersonen. Papierfluten regnen über die Städte, beruhigend, alarmierend, je nach dem Wink gewaltiger Herren. Generalstäbe reißen Karten und geheime Pläne aus eisernen Schränken. Bereitschaft! Niemand kennt die Zukunft. Bereitschaft!

Stümperhaftes Menschenwerk oder höheres Schicksal? Brandts Auto steht wieder eingeklemmt zwischen Fahrzeugen und Menschenfleisch. Hier mündet die Rue de Turbigo in die Place de la République ein. Den Zeitungshändlern werden die Blätter aus den Händen gerissen. Die Gummiknäuel der Polizisten pfeifen über den Köpfen der Untertanen. Greise, Kinder, Frauen, Jünglinge und Mädchen: ein einziger Strom quillt über den Platz. — „Nieder mit Capponi! ... Hoch Brandt! ... Hoch Saint Brice! ... Nieder mit den Kriegsschreibern!“

Chaotisch schäumt das Stimmenmeer gegen die verhängten Glasscheiben des Autos. Brandt fühlt sich Beute und Opfer dieser Leidenschaften. Das Auto wird schon wieder mitgerissen in die Woge der Bewegung, hinüber auf die andre Seite des

Platzes, hinein in die schwitzende, tosende Avenue de la République.

Jetzt wird im Palais de l'Elysée um die freigewordenen Ministerplätze geschachelt! — fährt es durch Brandts Kopf. Natürlich scharfes Rechtskabinet! ... Kriegskabinet! ... ?

Mit geistigen Augen überblickt Brandt das müde, zornzuste Europa. Er sieht den Weinbauer in der Provence und in Sizilien, wie er jetzt durch seine erhitzten Weingärten geht und den Ertrag der nahen Ernte abschätzt. Er sieht den Textilarbeiter in Nordfrankreich und den Eisenwalzer in Mailand, den Bergarbeiter, der in St. Etienne in seinen Schacht fährt. Und jetzt plötzlich: Mobilmachung! Das Wort reißt alle fort, vom Pflug, vom Amboß, vom Webstuhl, von der Ziegenherde, aus dem Bergwerk, von all den mühseligen Stätten, die der Arbeiter haßt und denen er sich dennoch verbunden fühlt. Sagen die Millionen in Frankreich, Italien und Südslawien nicht alle das gleiche? Hier ist mein Bett, meine Kinder, meine Frau, mein Posten, der mich recht und schlecht ernährt — warum soll ich den Franzosen niederknallen, dem Italiener an die Gurgel fahren? Was ist das für ein Gesetz, dem wir unterworfen sein müssen und das wir hassen, weil wir es nicht begreifen? Schicksal? Gelächter dröhnt durch die Fabrikhallen, aus den Schächten herauf! Schicksal? Wenn nun in Rom nicht gerade Herr Capponi säße und in Paris nicht Herr Baron Saint Brice, sondern Léon Brandt als Chef der Regierung — würde nicht alles ganz anders aussehen? Es kann also doch keine wahnsinnige Jenseitsinstanz sein, die uns durcheinander wirbelt! Es sind nur sehr gewöhnliche Menschen mit ihren Unfähigkeiten, ihren Machttrieben und Rechenköpfen. Mit dem berühmten „Schicksal“ kann es also nicht weit her sein! ...

Das Auto ist schon wieder auf einen Wall von Menschenleibern aufgefahren. Der Chauffeur dreht den Kopf nach hinten: „Wir werden nicht durchkommen, Herr Minister.“

Brandt schiebt die Vorhänge zur Seite. Bis zum Gebäude der „Union“ sind es höchstens dreißig Schritte. Kurz entschlossen steigt er aus. Die Menge rast vor Jubel. Er wird auf die Schultern gehoben und zum Eingang der „Union“ geschleppt. In die Ovationen der begeistertsten Menge prasseln die Gummiknäuel der Polizisten.

Broucq und Rhée kommen die Treppe heruntergelaufen.

„Wissen Sie es schon, Brandt!“ ruft Rhée vom Treppenaussatz her, „über Paris ist der Belagerungszustand verhängt!“

Brandt steht wie vor den Kopf geschlagen.

Broucq wettert los: „Eben telephonierte Ménard. Kaum haben Sie Ihr Portefeuille hingeschmissen, fangen die Herren an, mit Maulkorb und Daumenschrauben zu regieren!“ Die zerransten Augenlider zucken dem ehemaligen Schmied wie einem gereizten Raubtier.

Brandt bekommt plötzlich sein böses, ironisches Gelächter. „Jetzt will uns Saint Brice mit dem Belagerungszustand killen? Und vor einer Dreiviertelstunde hat er mir noch zärtlich die Hand gedrückt! Muß der alte Seigneur eine Angst vor mir haben ...!“

Oben warten Millaut, Lomnier, Laroque und Pandruchi. Der Italiener kommt auf Brandt zugeschossen. „Da haben Sie's! Ihrer Demission wirkt man gleich den Belagerungszustand hinterher! Die Leute sind nur mit Fäusten zu kurieren!“

„Nur über Paris ist der Belagerungszustand verhängt?“ forschet Brandt, „nicht über ganz Frankreich?“

„Nur Paris“, grollt Broucq und durchwühlt sein Bartgewirr. „Wissen Sie, wie die Regierung den Schritt begründet? ... Mit der Notwendigkeit, chauvinistischen Elementen das Handwerk zu legen!“

In Broucqs Hohnlachen schmettert jetzt auch Brandts drohendes Gelächter: „Die Chauvinisten schiebt er vor, aber uns meint er, der geriebene Diplomat! Aber so wie diesmal soll sich der alte Fuchs in seinem ganzen Leben noch nicht geirrt haben!“ Sein Lachen reißt unvermittelt ab. Ruhig ruft er Laroque an: „Unsere Stationen sind in Ordnung?“

„Wir können jede Minute mit der Arbeit anfangen“, antwortet Laroque. „Eis jetzt haben wir keinen Laut von uns gegeben, obwohl Wien und Warschau schon dreimal unser Rufzeichen gefunkt haben.“

„Gut so. Es ist selbstverständlich, daß wir sofort von den Regierungstationen angepeilt werden.“

Laroque lächelt diskret. „So rasch kommt man unserer BO I nicht auf die Spur! Im Notfall sitzt ja Praussant noch auf der Reservestation.“

„Von jetzt ab sitzen die Spitzel der Regierung dauernd auf unseren Fersen!“ sagt Rhée. (Fortsetzung folgt.)

Sachlichkeit und Demagogie.

Es ist ein altes Thema, an das ich wieder erinnert wurde, als ich einige Notizen über Gewerkschaften und ihre Beteiligung an der „Eisernen Front“ las, die ich noch dazu in einer Zeitschrift fand, die im allgemeinen frei ist von demagogischen Verdrehungsstücken.

In der erwähnten Nummer liest man unter der Überschrift: „Und sie genieren sich nicht“, die Mitteilung, daß die nationalistische Presse eine Eintragung aus dem Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte wiedergäbe, die sich auf die „Arbeiterbank“ bezöge.

„Die Aufsichtsratsitzung fand im Bundeshaus des ADGB, Berlin, statt. Anwesend vom Aufsichtsrat: (folgen die Namen).“

Dem Antrag des Finanzausschusses, den Prokuristen STEFFENS ab 1. Januar 1932 als stellvertretendes Vorstandsmitglied in den Vorstand zu wählen und sein Jahresgehalt auf 21000 Mark festzusetzen, wird zugestimmt.

Berlin, den 30. Oktober 1931.

gez. LEIPART, Vorsitzender.
gez. B. SCHWEINITZ, Schriftführer.

Dazu schreibt das „Andere Deutschland“:

„2000 Mark im Monat — Arbeiterbank! Und da wundert man sich, daß die Naziflut nicht abebbt, sondern weitersteigt. Wenn wir nun der Arbeiterschaft Kenntnis von solchen Zuständen geben, die im Kampf gegen sie von den faschistischen Parteien weidlich ausgenutzt werden, so werden wir von der Parteibürokratie verfehmt, wird das Lesen des „A. D.“ als eines „Revolvorblattes“ verboten. Hier Remedy zu schaffen, ist der wirksamste Kampf gegen den Faschismus. Mit „eisernen Fronten“ allein und drohenden Reden, hinter denen nichts steckt, wird die Nazipest nicht überwunden werden.“

Sicher wird die Nazipest durch Reden, hinter denen nichts steckt, nicht überwunden werden. Aber gerade das ist die Frage: Steckt hinter der „eisernen Front“ nichts? Denn das kann man als Urteil herauslesen aus der Äußerung des „A. D.“ — auch wenn es nicht ausdrücklich gesagt wird. Und das eben ist der Leichtsinn, mit dem solche Berichterstattung Einrichtungen der Arbeiterschaft herunterreißt, an denen man gewiß eine Unmenge Schlechtes und Unvollkommenes zeigen kann, die aber — wenigstens dem Prinzip nach — gerade das Vorhaben, wozu das „A. D.“ aufruft: den Faschismus zu bekämpfen. Gerade um einmal etwas anderes zu tun als zu reden, ohne daß etwas dahinter steckt, hat sich die eigentliche „Eiserne Front“ gebildet. Die eigentlich „eisern“, das ist die Front, die innerhalb der „eisernen Front“ die Arbeiterschaft einnimmt, die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Und diesen Keim der Macht, der sich hier zu zeigen beginnt, kann man gar nicht pfleglich genug behandeln, bei aller Kritik.

Weiter: Warum die Zusammenbringung des in der Tat irrsinnig hohen Gehaltes von 2000 Mark monatlich mit der Parteibürokratie und der Verfemung des „A. D.“ seitens dieser Bürokratie?

Wir stehen gewiß nicht im Verdacht, die Parteibürokraten und tolle Monatsgehälter in Schutz nehmen zu wollen. Kein Genosse, der von unserer Organisation freigestellt worden ist, erhält mehr von ihr bezahlt als seinen einfachen Lebensunterhalt — welches Amt er bekleidet, spielt dabei keine Rolle. Aber gerade weil wir verhindern wollen, daß die Reaktion, auch die in der Arbeiterschaft, in ihrer Bürokratie, so einfach als eine Frage der Bezahlung angesehen wird, deshalb wenden wir uns gegen diese Methoden der naiven Verallgemeinerung. Die Naziflut speist sich nicht allgemein aus der „Korruption“ der Gewerkschaftsfunktionäre, und die Methode der Enthüllung ist nicht die „wirksamste Waffe gegen den Faschismus“. Es gibt Reaktionen unter den Arbeiterführern, die unbestechlich sind und waren. (Das beste Beispiel ist EDUARD BERNSTEIN.) Wir wollen hier heute nicht im einzelnen untersuchen, wo die Quellen des Reformismus und der Reaktion liegen. Es genügt auch hier zu zeigen, daß sie nicht so an der Oberfläche liegen.

Gerade wenn man von den Genossen im Lande verstanden und gehört werden will, muß man sich vor solcher Oberflächen-Betrachtung hüten, abgesehen davon, daß es gut ist, den Dingen auf den Grund zu gehen. Unsachliche Kritik dient ferner dazu, daß der Parteiparat sich alle Arten von Kritikern vom Halse schafft, auch solche die ernsthafte und begründete Kritik üben.

Der Fall wiegt schwerer, weil in der gleichen Nummer des „A. D.“ ein weiterer Angriff gegen eine freie Gewerkschaft erhoben wird, der ganz und gar ungehörig ist. Er sieht so aus: „Wer macht Propaganda für den Metallarbeiter-Verband?“

Stellvert. Generalkommando 10.

(2. K. S.) Armeekorps.

B. Nr. 131 St. A. K. A. Geheim. Leipzig, am 30. April 1930. Protokoll der Kriegsstelle.

„... Dann gibt Hauptmann RITTER die Absicht der Kriegsstelle bekannt, einen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ erschienenen Aufruf des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als Flugblatt an alle Metallarbeiter des Korpsbezirk zu verteilen. Es wird vereinbart, daß die Verteilung durch die einzelnen Betriebe erfolgt und daß der Verband der Metallindustriellen in Leipzig die hier in Betracht kommenden Betriebe und die für jeden nötige Zahl der Flugblätter der Kriegsstelle bezeichnet.“

Dazu schreibt das „A. D.“ kein Wort weiter. Also liegt die Kritik dieser Zeitung an der mysteriösen Geheimverfügung in der Überschrift und darin, daß es die Notiz überhaupt bringt. Dazu kann man sagen:

Solange man nicht den Artikel kennt, der den Hauptmann RITTER so interessiert haben soll, kann man überhaupt nichts dazu sagen. Solche Leute tun vieles, was sie später lieber unterlassen hätten. Z. B. wurde LENIN 1917 mit Genehmigung

LUDENDORFFS durch Deutschland geleitet, um in Rußland Revolution machen zu können. Das tat LUDENDORFF gewiß nicht aus Sympathie für die Revolutionäre. Und kein Revolutionär hat sich hingestellt (wenigstens hatte keiner das Recht dazu, wohl auch nach der Auffassung des „A. D.“!) und hat geschrieben: „Wer für die Revolutionäre Propaganda macht!“ KERENSKI hat das getan — aber eben, weil er Interessent war. LUDENDORFF selber hat gewiß manchmal bedauert, LENIN den Weg nach Rußland geöffnet zu haben.

Wer also nichts Genaueres weiß, der sollte lieber schweigen, gerade wenn er sich zu den Klassengenossen der Angegriffenen rechnet. Und vor allem dann, wenn der versteckte Vorwurf, den er erhebt, so schwer ist. Es ist nämlich in der Tat kaum etwas Verwerflicheres denkbar, als daß eine Freie Gewerkschaft sich so benimmt, daß ein Unternehmerverband ihre literarischen Erzeugnisse auf seine Kosten zu verbreiten wirklich Grund hat. Vielleicht geht das „A. D.“ dem Sachverhalt einmal etwas genauer nach!

Weitaus klobiger und schlimmer ist ein agitatorisch aufgemachter „Arbeiterkorrespondent“, den die kommunistische „Neue Zeitung“ in München (Nr. 31, vom 15. Februar) so berichten und schließen läßt:

Nachdem er einen üblen Fall von Bestechlichkeit eines Gewerkschaftsangestellten geschildert hat (den wir hier als richtig dargestellt unterstellen wollen, obwohl auch das natürlich durchaus nicht ganz sicher ist), behauptet er, daß dies der siebente Fall im gleichen Verbände sei, und daß „die reformistische Bürokratie sich stets bemüht, diese schmutzigen Affären zu vertuschen“. Und nun kommt der Schluß:

„Arbeiter, die ihr noch in den reformistischen Verbänden organisiert seid, zieht daraus die Lehre. Diese Korruption ist keine Einzelercheinung, sondern mit dem Verrat der Gewerkschaftsbürokratie an der Arbeiterschaft untrennbar verknüpft. Reiht euch ein in die rote Klassenfront, kämpft mit der RGO gegen die Kapitalisten und ihre reformistischen Lakaien, gegen Lohnraub, Ausbeutung und Verschlechterung aller Lebensbedingungen.“

So kann man weder die Gewerkschaften verbessern, noch die Lage der Arbeiterschaft heben — so dient man tatsächlich nur einem: dem Gegner der Arbeiterklasse: dem Faschismus!

Kritik soll gewiß geübt werden; auch der ISK hat das vor und tut das auch. Aber er will die Demagogie im Kampf den Bürgern überlassen, die ohne sie nicht auskommen.

W — e r.

Zwei Verbote.

Das „Andere Deutschland“ — für 13 Wochen.

h Berlin, 27. Februar.

Die pazifistische Wochenschrift „Das andere Deutschland“ ist am Sonnabend vom Polizeipräsidenten wegen eines Artikels über die Veröffentlichungen des „Echo de Paris“ in der Angelegenheit KREISER und VON OSSIETZKI bis zum 26. Mai (!) verboten worden.

In der Begründung wird gesagt, daß in dem Artikel „unter anderem detaillierte Angaben über den unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Landesverratsprozess KREISER-OSSIETZKI vor dem Leipziger Reichsgericht gemacht werden. Die genannten Ausführungen gefährden im höchsten Grade die öffentliche Sicherheit und Ordnung.“

Es ist immer wieder die gleiche Unerhörtheit: Es erscheint ein Artikel in einer französischen Zeitung; eine deutsche Zeitung druckt diesen Artikel ab — und wird deshalb verboten. Nicht weil sie etwas Unwahres behauptet hätte, sondern weil sie die „öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet“. Da aber jeder die vom „Andere Deutschland“ mitgeteilten Tatsachen in ausländischen Zeitungen selber nachlesen kann, kann die öffentliche Sicherheit und Ordnung nur dadurch gefährdet worden sein, daß die ausländischen Zeitungen überhaupt den Stoff zu ihren Artikeln geliefert bekommen haben. Den aber hat ihnen das Reichsgericht in Leipzig geliefert. Der sozialdemokratische Herr Polizeipräsident hätte also diese Behörde wegen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung belangen sollen, nicht aber die, die lediglich mitteilen, was diese Behörde tut.

Ebenso unmöglich hat sich der Herr Polizeipräsident gegenüber der nationalsozialistischen Zeitung „Der Angriff“ benommen, indem er ihr folgendes schrieb:

„Soeben habe ich mich veranlaßt gesehen, Ihre Parteizeitung für Berlin: „Der Angriff“ wegen einer Versammlungsankündigung mit dem Thema „Der Kandidat CRISPIENS“ auf sechs Tage zu verbieten, weil mit dieser Bezeichnung der Herr Reichspräsident VON HINDENBURG getroffen werden sollte. Es ist hier die immer wieder in sinnstollender Form wiedergegebene angebliche Äußerung des Abgeordneten CRISPIENS: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt“, nunmehr auch zur Kennzeichnung des Herrn Reichspräsidenten verwandt worden...“

Ist etwa HINDENBURG nicht der Kandidat CRISPIENS? Dieser Tatbestand ist wieder geeignet, „verächtlich zu machen“ — aber nicht Herrn VON HINDENBURG.

Die Reichsregierung erklärt jetzt zu den Äußerungen des „Echo de Paris“, sie seien „in wesentlichen Teilen falsch... So sind die Aussagen der Sachverständigen des Reichsverkehrsministeriums und des Reichswehrministeriums zu durchsichtigen Propagandazwecken verfälscht, und es sind den beiden Herren Aussagen untergeschoben worden, die sie nie getan haben. Ebenso sind die wesentlichsten Teile der Urteilsbegründung falsch wiedergegeben. Auf Einzelheiten einzugehen, verbietet die gesetzliche Schweigepflicht.“

Die Reichsregierung hätte besser daran getan, statt sich hinter ihre Schweigepflicht zurückzuziehen, den wahren Inhalt der Verhandlungen vor dem Reichsgericht zu veröffentlichen. Wie viel Grund der deutsche Staatsbürger hat, den Verhandlungen des Reichsgerichts zu mißtrauen, hat unter unzähligen vielen der Fall BULLERJAHN bewiesen, in dem ein so fragwürdiger Charakter, wie Herr VON GONTARD, eine noch fragwürdigere Rolle gespielt hat. — Auch der Fall des „Kollegen JOKNS“ ist noch in frischer Erinnerung.

Der Lautsprecher.

„Versuche, eine unbecome deutsche Bewegung vor dem Auslande als Unruhestifterin hinzustellen, werde ich, wenn sie unter Hereinbeziehung Ihres Namens, Herr Reichspräsident, erfolgen und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt ab persönlich in der geeigneten Weise zurückzuweisen wissen. Für die Dauer des Wahlkampfes sollen meine Erklärungen (!) der Welt (!), wenn erforderlich, genau so zur Kenntnis kommen, wie die Erklärungen des heutigen Systems.“

Stil und Inhalt dieser Sätze verraten bereits ihren Urheber. Sie stehen in einem am Sonntag an HINDENBURG geschriebenen Brief.

Die Versuche, seine Bewegung dem Auslande gegenüber als das hinzustellen, was sie ist: als Unruhestifterin, sieht HITLER in dem HINDENBURG-Aufruf der SPD. Dort heißt es:

„HITLER statt HINDENBURG, das bedeutet... blutige Auseinandersetzung im eigenen Volk und mit dem Ausland.“

Wie für die Dauer des Wahlkampfes seine Erklärungen „der Welt zur Kenntnis“ kommen sollen, hat HITLER gleich nach der Absendung des Briefes demonstriert. Darüber berichtet die Telegraphen-Union in einem Stil wie früher, wenn es sich um WILHELM II. handelte (wie immer, wenn sie über HITLER berichtet):

„ADOLF HITLER empfing am heutigen Sonntag Vertreter der ausländischen Presse und erläuterte ihnen den Brief, den er am Mittag an den Reichspräsidenten VON HINDENBURG gerichtet hatte... HITLER ließ (!) dann zum Schluß den Brief an den Reichspräsidenten verlesen.“

HITLER versucht offensichtlich, HINDENBURG zu Auseinandersetzungen zu provozieren, die schon durch den Staub, den sie aufwirbeln sollen, eine Wahlpropaganda für HITLER darstellen — freilich nur in den Augen einer Masse, die kein Gefühl für politische und moralische Anständigkeit hat. Dem, der dafür Sinn hat, wird auch auf Grund dieser neuen Äußerung HITLERS das Urteil über ihn leicht fallen, besonders auf Grund des Satzes, mit dem HITLER seinen Brief abzuschließen wagt:

„Was gedenken Sie, Herr Reichspräsident, zu tun, um in diesem Kampf, der auch um Ihre Person geht, die Prinzipien der Ritterlichkeit (!) wieder herzustellen?“

Wir werden HITLERS weiterer Wahlpropaganda die Nichtbeachtung zuteil werden lassen, die sie verdient.

Noch Opfer des Weltkriegs.

g Saarbrücken, 27. Februar.

Im Kembs (Lothringen) stießen Arbeiter auf eine aus dem Krieg stammende Granate. Als einer von ihnen versuchte, den Zünder zu entfernen, und sogar mit einem Hammer auf die Granate schlug, flog sie in die Luft. Zwei Arbeiter wurden entsetzlich zerstümmelt und waren sofort tot, während einem dritten ein Bein abgerissen wurde.

Solidarität.

F. A. Ein nachahmenswertes Beispiel, wie die freien Gewerkschaften die Verbindung mit ihren arbeitslosen Mitgliedern aufrecht erhalten können, hat der Ortsausschuß des ADGB in Hannover gegeben.

Er hat bisher in diesem Winter drei Feierstunden für erwerbslose Gewerkschaftler veranstaltet, die von den Kollegen sehr stark besucht wurden. An der 3. Feierstunde nahmen etwa 1500 Erwerbslose teil.

Die Ausgestaltung der Feierstunden hatten Arbeitergesangsvereine, Arbeitersportvereine und ein Orchester des Deutschen Musiker-Verbandes übernommen. Man muß sagen, daß es den Veranstaltern gelungen ist, den Feierstunden einen künstlerischen Wert zu geben und gleichzeitig die Opfer der Wirtschaftskrise aufzurufen zum Kampf und zur Solidarität gegen das System der kapitalistischen Ausbeutung.

Das gilt vor allem von der dritten Feierstunde, die folgendes Programm hatte:

- 1. Ouvertüre zur Oper „Wilhelm Tell“ Rossini
2. Begrüßungsansprache des Kollegen Bock.
3. Priesterchor aus der Oper „Die Zauberflöte“ Mozart
4. Vorführungen eines Turnvereins.
5. Ruf der Genien aus der Kantate . . . Kahn
Im Anfang war die Tat „Befreiung“ Kahn
6. Fantasie aus der Oper „Oberon“ Weber
7. Triumphmarsch und Finale aus der Oper „Aida“ Verdi
8. Wach auf! und Schluß-Apotheose aus der Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ . . . Wagner

Im Mittelpunkt stand die Ansprache des Sekretärs des ADGB. Er schilderte den Anwesenden die Ursachen der jetzigen Wirtschaftskrise und forderte sie auf, zusammen zu stehen, um die Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft verhindern zu können. Er betonte, es dürfe in diesem Kampf keinen Unterschied zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen geben. Alle Menschen hätten das gleiche Recht zu leben. Diese Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen, ein Zeichen dafür, daß auch bei den organisierten arbeitslosen Kollegen der Wille zum Kampf noch vorhanden ist. Es kommt darauf an, diesen Kampfswillen zu erhalten und zu stärken. Das kann mit Hilfe solcher sinnvoller Feierstunden geschehen.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, den 1. März, 20 Uhr, Kasino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Bezirk Reinickendorf: Mittwoch, den 2. März, 20 Uhr, Vereinshaus Sachse, Holländer-Ecke Thurnerstraße. Thema: Wie überwinden wir die faschistische Gefahr?

Burg b. Magdeburg: Freitag, den 4. März, 20 Uhr, im Schützenhaus, großer Saal. Thema: Arbeiterschaft und Reichspräsidentenwahl. Redner: H. Rase (Essen). Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

30 Bergarbeiter vermißt.

l New York, 27. Februar.
In Pocahontas (Virginia) wurde eine Kohlengrube durch eine schwere Explosion zum größten Teil zerstört. 30 Bergleute werden vermißt. Die Ursache der Explosion konnte nicht festgestellt werden. Die Washingtoner Bergbaubehörden haben im Laufe des Tages bereits mehrere Eisenbahnwagen mit Hilfsmaterial an die Unglücksstätte abgesandt.

l New York, 29. Februar.
Von den verunglückten 30 Bergleuten wurden am Sonntag 14 als Leichen geborgen. Für die Uebrigen besteht keine Hoffnung auf Rettung mehr, da die Grube vollständig mit Gas angefüllt ist. Der Explosionsherd liegt drei Meilen vom Schachteingang entfernt. Die Rettungsarbeiten gestalten sich besonders schwierig, zumal die Rettungsmannschaften dauernd mit Gasmasken arbeiten müssen.

Auf die Straße.

b Bochum, 27. Februar.

Wie die Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke AG mitteilt, wird sie ihre Schachtanlage „Friedlicher Nachbar“ am 1. April stilllegen. Von dieser Maßnahme werden rund vierhundert Arbeiter betroffen. Falls die Absatzlage es zuläßt, ist beabsichtigt, etwa 150 bis 200 Mann auf der Zeche „Prinz-Regent“ unterzubringen.

a Prag, 24. Februar.

Die Erste Brüner Maschinenfabrik hat bei einem Stand von etwa 350 Beamten 120 Kündigungen vorgenommen. Auch in den Betrieben Rothau und Karlshütte der Rothau-Neudek kommt es zu weiteren Entlassungen, von welchen einige hundert Personen betroffen werden. Die Walzwerke in Karlshütte setzen gegenwärtig regelmäßig 8 bis 14 Tage aus.

Entlassung ausländischer Arbeiter in Frankreich.

k Paris, 27. Februar.

Die Arbeitslosigkeit macht sich in Frankreich, besonders im nordfranzösischen Kohlenbecken, von Tag zu Tag mehr bemerkbar. Die großen Werke in Lille haben daraufhin beschlossen, sämtliche ausländischen Arbeiter mit Ausnahme der Belgier zu entlassen. Die Zahl der in Frankreich beschäftigten Polen, die vor sechs Monaten noch 250 000 Arbeiter betrug, ist in den letzten Wochen stark zusammengeschrumpft. Zwei Eisenbahnzüge verlassen wöchentlich das Industriegebiet, um die arbeitslosen Polen in ihre Heimat zurückzubefördern.

Politische Kämpfe in Argentinien.

h Buenos Aires, 29. Februar.

Am Sonntag kam es in der Stadtmitte zu schweren Straßenkämpfen zwischen den Anhängern von verschiedenen politischen Parteien. Bisher wurden drei Tote und zehn Verwundete gezählt. Berittene Polizei griff ein und trieb die kämpfenden Parteien aus einander. Die Regierung hat strengste Nachrichtenzensur verhängt.

Dietrich gegen die Gastwirte.

berlin, 27. Februar.
Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Vertretern des Gastwirtsberufes sind abgebrochen worden. Die Reichsregierung hat die Absicht, bei einem Andauern des Bierstreiks die bereits beschlossene Senkung der Biersteuern rückgängig zu machen.

Klasse gegen Klasse?

F. W. Mainz, 25. Februar.

In einer öffentlichen Versammlung des ISK in Mainz stand das Thema der Präsidentenwahl zur Debatte. Es waren

Genossen aus allen Arbeiterparteien und den Freien Gewerkschaften anwesend. Die meisten betrachteten den Vorschlag des ISK, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, und zwar unter der Ergriffung der Initiative seitens des ADGB, als geradezu ideale Lösung. Die meisten hielten es auch für möglich, dieses Ziel zu erreichen, wenn es gelänge, alle Kräfte dafür einzusetzen. Die Arbeiter wünschten ein Zusammengehen, nur die Büros hinderten sie daran, und zwar die Büros der SPD und der KPD. Treffend wurde darauf hingewiesen, daß die großen Arbeiterparteien dem Bürgertum gegenüber leichter Konzessionen machten als gegeneinander. Die Arbeiter seien einiger als ihre Führer. Es gälte daher, gerade auch „von unten“ her einen verstärkten Druck auszuüben und überall für einen gemeinsamen Kandidaten zu agitieren; was besonders für den zweiten Wahlgang noch immer in Betracht komme. Ein Genosse forderte sogar, man solle unter Umgehung des Machtapparates der Parteien einen eigenen Kandidaten aufstellen. Helfer würden sich sofort und überall melden bis tief hinein ins Lager der Kommunisten und Sozialdemokraten.

Nur die anwesenden Funktionäre der KPD vertraten ihre Linie. Der Kampf gehe „Klasse gegen Klasse“ — und der linke Flügel des Faschismus sei die SPD. Viele Diskussionsredner versuchten, diesen Widersinn den Kommunisten zu zeigen. Vergeblich!

Die Gesichter auf sozialdemokratischen Bänken.

Aus dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ über BRÜNINGS jüngste Reichstagsrede: „Aber Herr Dr. BRÜNING hatte noch mehr in Bereitschaft. Er wartete nur auf das Stichwort Novemberverbrecher, um etwas zu sagen, was im ganzen Hause als eine große Sensation empfunden wurde. Am 9. November“, so rief er in den Saal, „war ich in der Gruppe WINTERFELD, die zur Niederwerfung der Revolution gebildet worden war.“ Die Wirkung kann man sich vorstellen! Hier wurde einer der übelsten Propagandatricks der NSDAP gegen die Regierung BRÜNING ein für allemal zerstört. Der Kanzler hatte dies sicher schon längst einmal sagen wollen. Die Mitte jubelte, daß die Wahrheit endlich an den Tag kam (Die Gesichter auf manchen sozialdemokratischen Bänken ließen jedoch vermuten, warum Herr Dr. BRÜNING bisher nie mit diesem Argument auf jenen Vorwurf geantwortet hat).“

Achtung! Ostmarkenrundfunk.

Vor wenigen Tagen meldeten wir, daß der Roman von NITRAM: „Achtung! Ostmarkenrundfunk...“ nichts anderes bezweckt, als eine aufreizende nationalistische Hetze gegen Polen zu entfachen und die Deutschen darauf aufmerksam zu machen, daß die polnischen Truppen den Einmarschbefehl nach Ostpreußen eigentlich schon in der Tasche haben.

Dieser Roman erscheint nun im „Essener Anzeiger“, der Stadtbeilage der schwerindustriellen „Rheinisch Westfälischen Zeitung“. Der „Anzeiger“ kann einzeln bezogen werden. Er ist sehr billig.

Für Berliner Mieter.

Das Zentralwohnungsamt teilte mit: Die gestaltliche Miete für den Monat März beträgt in Berlin unverändert 111 Proz. der „reinen Friedensmiete“ und, wenn der Mieter die Schönheitsreparaturen übernommen hat, 107 Proz., sie ermäßigt sich bei Umlage des Wassergoldes auf 108 bzw. 104 Prozent. Zu diesen festen Sätzen kommt wie bisher eine Grundvermögenssteuer-Umlage, die für die einzelnen Rauminhaber des Hauses nach dem Verhältnis der „reinen Friedensmieten“ zu berechnen ist. Den gesetzlichen Bestimmungen entspricht es nicht, wenn der Vermieter — wie es vielfach üblich ist — an Stelle des im einzelnen zu berechnenden Umlagebetrages für die

Grundvermögenssteuer einen Mietzuschlag in Höhe von 12½ Prozent der „reinen Friedensmiete“ erhebt; die Umlage der Grundvermögenssteuer ergibt oft einen erheblich anderen Betrag als einen Zuschlag von 12½ Prozent.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 1. März.

Berlin:
15.20 Dr. LOTIE HANEMANN-JERUSALEM: Die islamische Frau in Recht und Sitte.

Breslau:
18.40 LINA SCHAERTL: Das proletarische Kind und seine Freizeit.

Königs wusterhausen:
11.30 Lehrgang für praktische Landwirte: Die Bedeutung der Milch und ihre Verwertung.

Mittwoch, den 2. März.

Berlin:
17.45 P. BOSOLD: Erwerb-tätige Jugend und ihre Freizeit.
22.10 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitschau.

Hamburg:
18.55 Prof. GRIMM: Die Reparationen im Lichte der Zeitgeschichte.

Königsberg:
21.10 Hörspiel: „Dollarkurs von 2 Uhr mittags: 1½ Millionen!“ Szenen aus der Inflation.

Königs wusterhausen:
19.00 Staatssekretär Prof. AUGUST MUELLER: Wirtschaftlicher Wunderglaube. (Vergleiche: „Schuld oder Schicksal“ im „Funk“, Nr. 17, vom 25. Februar.)

Langenberg:
9.15 KÄTHE DIDIER: Rechte der Frauen nach der Reichsverfassung.

Mühlackör:
19.05 Prof. LIEFMANN: Kartelle, Konzerne, Trusts. (Vergleiche: „Vogel-Straub-Politik“ im „Funk“, Nr. 31, vom 10. Februar.)

Frankfurt:
1935 Wirtschaftskrise und Lohnpolitik. Gespräch zwischen Prof. von BECKERATH, Bonn, und Prof. LEDERER, Berlin. (Vergleiche: „Wie kommen wir aus der Krise heraus“ im „Funk“, Nr. 8, vom 5. Februar; ferner: „Wirtschaftskrise ohne Ende“ im „Funk“, Nr. 39, vom 16. Februar.)

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben. 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5910. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über

Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERI:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen.

Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt o.m. Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothenhauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebot!

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMPERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9

Telephon: 25 53 42

Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr. Cella, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1.— M.

Etty Gräffe

Apfelsaft

naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40

Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104.

Anfertigung

eleganter Damen-garderobe und Reformkleidung

Ida Fördtenicht

Göttingen

Nikolaus-Berger-Weg 67

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Kataloge und Auskunft gratis!

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Imperialisten

nutzen die Schwäche Chinas, um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen.

Sozialisten

müssen wissen, wo die Ursachen dieser Schwäche liegen und wie man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

4600 Jahre China.

Seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Von Kuo Shlen-yen und Karl Hinkel.

141 Seiten. Mit einer Landkarte und drei Tafeln.

Broschiert 5.— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postcheckkonto Hannover 60 643.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

„Mein altes Kentucky-Heim.“

Ein lebendiges Bild vom Kampf der amerikanischen Bergarbeiter.

Unter allen gottverlassenen Plätzen, die ich in meinem Leben besucht habe, sind die amerikanischen Bergwerksdörfer sicher die schlimmsten. Was man mir über den dort herrschenden Hunger, den Schmutz und die Unterdrückung erzählte, ehe ich selber in die Kohlegrube hinausging, klang mir wie wilde Uebertreibung. Aber schon der erste Blick auf die grauen, anscheinend verlassen Holzhöhlen, in denen die Bergarbeiter leben sollten, bestätigte viel; und ein Zwischenfall, der mich beinahe ins Gefängnis gebracht hätte, eine Stunde nach meiner Ankunft, beschleunigte mein Bekanntwerden mit diesem grimmgigen Hinterland der modernen Industrie.

Eine Versammlung streikender Bergarbeiter der umherliegenden Dörfer war gerade im Gang, als mein Zug in Pineville, Kentucky, einfuhr. So eilte ich zu dem Versammlungsort, konnte aber nur noch hören, wie der Bürgermeister die Redner unterbrach mit der Behauptung, daß die Erlaubnis zur Versammlung nicht eingeholt worden sei. Kaum daß ein Gemurmel zu hören war, schlichen sich die eingeschüchterten Arbeiter auch schon fort. Ich erfuhr, daß die Bergarbeiterfrau, mit der ich vor allem sprechen wollte, gerade geredet hatte und sich jetzt in den Händen der Polizei befand. Freundliche Genossen erboten sich sofort, mich zur Polizei zu führen. Wir trafen meine Freundin in dem Augenblick, als sie die Polizei verließ; und da sie deutlich die Spuren von Sorge und von der Anstrengung des gerade hinter ihr liegenden Kreuzverhörs zeigte, brachte ich sie schnell in mein Gasthaus.

„Wir werden Sie festnehmen.“

Kaum hatten wir uns gesetzt und angefangen, die Tagesereignisse zu besprechen, als meine Zimmertür aufgerissen wurde und der Bürgermeister und der Polizeihauptmann hereinkamen. Ohne mir Zeit zu lassen, auf den Schwall von Fragen zu antworten, wer ich sei und was ich im Dorf zu tun habe, trat der Polizist an mich heran und erklärte barsch: „Wir werden Sie festnehmen.“ Es schien mir alles ein Scherz, eine Art rauher Wild-West-Szene aus einem amerikanischen Film zu sein; bald aber entdeckte ich, daß die Sache ganz anders war. Wäre ich eine „freie Amerikanerin“ gewesen und kein Gast aus England, so hätte man mir zweifellos die ortsübliche „Gastfreundschaft“ erwiesen, und ich säße in einem amerikanischen Gefängnis.

Im Laufe des Tages besuchte ich das Gefängnis und entdeckte etwa 20 Männer und 6 Frauen, die in die Gegend gekommen waren, um den Arbeitern beim Aufbau ihrer Organisation zu helfen oder um den verhungerten Bergarbeitern Lebensmittel zu bringen; sie waren wegen solcher verbrecherischer Absichten hinter Schloß und Riegel gesetzt worden.

Den Gesetzen nach dürfen die Bergarbeiter sich organisieren, demonstrieren und Hilfsmittel sammeln, vorausgesetzt daß sie sich in keiner Weise mit der Kommunistischen Partei in Verbindung setzen. Die KP ist in Amerika verboten. In der Praxis werden gegen alle Fremden, die tätige Sympathie für die streikenden Bergarbeiter zeigen, Anklagen wegen „verbrecherischem Syndikalismus“ und Friedensbruch erhoben.

Am Tage nach dem offiziellen Empfang durch den Bürgermeister von Pineville ging ich in ein halbes Dutzend der größeren Barackenlager und fand überall die gleiche trostlose Lage: kleine heruntergekommene Holzhöhlen ohne die elementarsten sanitären Anlagen; Schmutz und spärliches braunes Gras, wo Gärten und Straßen sein sollten. Der drohende Umsturz des Bergwerks im Hintergrund und der der Gesellschaft verordnete Laden im Mittelpunkt der Siedlung. Ich sprach über diese Läden mit den Frauen und erfuhr, daß die Arbeiter, ob sie wollten oder nicht, gezwungen waren, den größten Teil ihrer Löhne dort auszugeben, daß die Bergwerksgesellschaften die Hilflosigkeit der Arbeiter dazu ausnutzen, in ihren Läden höhere Preise zu verlangen, als in den wenigen Läden der benachbarten Dörfer bezahlt wurden.

Mahlzeiten aus Kohlblättern.

Und was für Löhne! In guten Zeiten konnte ein Bergarbeiter, wie die Genossen zugaben, rund 16 M. am Tag verdienen. Aber jetzt sind 6 bis 8 M. ein normaler Tagelohn und zwei bis drei Tage die übliche Arbeitszeit in der Woche. Die Miete allein kostet 6 bis 10 M. in der Woche.

Als ich nach Kentucky kam, erwartete ich, daß alle Arbeiter der Gegend streikten; aber Hunger und Hilflosigkeit hatten ihren teuflischen Tanz begonnen; wo die Bergherren ernsthaft die Arbeit wieder in Gang bringen wollten, gingen die Männer an, langsam und mürrisch zur Arbeit zurückzukehren. Der Streik hat im vorigen April begonnen; alle Reserven sind längst verzehrt; die Hilfsorganisationen sind äußerst spärlich; in einigen Orten fehlen sie völlig. In einem Barackenlager klagten die Frauen herzerweichend, daß eine gefürchtete Darmkrankheit, die sie das „Laufen“ nennen, viele Kinder getötet habe. Diese Krankheit werde durch fortwährende Unterernährung hervorgerufen, und durch den rohen Kohl und die anderen Dinge, mit denen die Kinder den nagenden Hunger zu stillen suchen. Eine Frau erzählte mir, wie sie und ihre vier Kinder von Freitag bis Montag sich nur von rohen Kohlblättern ernährt hätten. Als ich fragte, was ihr Mann inzwischen getan habe, erhielt ich einen neuen schauerhaften Einblick in das Barackenleben.

Amerikanische Demokratie!

Ihr Mann war einer der aktivsten Organisatoren im Streik gewesen; deshalb wurde er endgültig auf die schwarze Liste gesetzt und von gedungenen „Gewehr-Banditen“ buchstäblich aus dem Landkreis hinausgeprügelt.

In Kentucky werden die Grundsätze amerikanischer Demokratie auf eine besondere Weise ausgelegt. Die lokale Presse brachte am gleichen Tag eine kurze Notiz über zwei Führer der Bergarbeiter, die dem Gericht nachwies, daß sie von der Werkspolizei der Bergwerksgesellschaft bewußtlos geschlagen und die Nacht hindurch auf einem offenen Berghang liegen gelassen worden waren, bis sie am nächsten Tag fertig brachten, sich in ein benachbartes Haus zu schleppen.

In der Tat, die Belohnungen für Arbeiterführer sind verschieden. Ich sehe SNOWDEN in den Gewändern eines englischen Adligen und manchen anderen politischen Parvenu, neben dem der bekannte Typ des kaufmännischen Schiebers noch beinahe anständig aussieht. Bekannt zu werden dadurch, daß man die Not und Sorge der Armen zur Sprache bringt, sich damit die Achtung der kämpfenden Massen und ihr Vertrauen zu gewinnen, und dann ins andere Lager überzugehen, das muß — wenn nicht die Rechtsprechung im Jenseits ebenfalls bestochen ist — die höchste Strafe herausfordern, die der Teufel auferlegen kann. Denn der Verrat in der Stunde des Kampfes trifft nicht nur die britische Arbeiterschaft, man hört sein Echo auch aus den fernen Dörfern der Bergarbeiter in Kentucky.

Zerschmetterte Hoffnungen.

Als die Nachricht von Kentucky kam, daß in England eine Arbeiter-Regierung ans Ruder gekommen sei, ging ein Aufatmen durch die Baracken. Die Bergarbeiter glaubten daran, daß die furchterliche Isolierung, in der sie stehen, eines Tages überwunden werden könnte durch das Erstarken der sozialistischen Kräfte und den geschlossenen Widerstand der internationalen Arbeiterschaft. Sie hofften, daß England vorangehen würde, . . . die Löhne zu schützen und daß das kräftige Eintreten für die britischen Bergarbeiter allen Arbeitern zu Gute kommen würde. Aber die Hoffnung, Regierung würden sich ihrer nationalen und internationalen Verantwortung bewußt werden und die Probleme der Bergarbeiter von einem höheren Standpunkt aus betrachten als den des Tageskampfes zwischen den Arbeitern und Unternehmern eines einzelnen Bergwerks, — diese Hoffnung ist zur Zeit erloschen. Die öffentliche Meinung in Amerika wie in England vergewissert sich nur, ob dieses oder jenes Bergwerk mit Verlust oder ohne den üblichen Gewinn arbeitet. Das gilt dann als endgültiger Beweis dafür, daß an dieser Stelle für die Bergarbeiter nichts mehr herausgeholt werden kann.

In den Baracken gibt es Männer und Frauen, die sich weder durch Hunger noch durch Terror einschüchtern lassen und die durch ihr Beispiel den Geist der Empörung wachhalten. Aber für die Massen „ist die Lampe entzündet, und das Licht liegt tot im Staub.“ Jennie Loe.
Übersetzt aus dem „New Leader“.

Das sozialdemokratische Krisenprogramm.

t Berlin, 28. Februar.

Am 19. Februar gaben wir einige Gesetzesentwürfe der Reichstagsfraktion der SPD bekannt. Sie betrafen die Arbeitsbeschaffung und die Förderung des Kleinwohnungsbaus. In SPD-Kreisen wurde damals darauf hingewiesen, die Mittel zur Arbeitsbeschaffung sollten zum Teil aufgebracht werden dadurch, daß gehamsterte Noten hervorgehakt würden; ein weiterer Gesetzesentwurf werde sich damit befassen.

Die Lotterie.

Dieser Gesetzesentwurf liegt nunmehr vor. Die SPD schlägt eine Prämienanleihe vor, die eine Volksanleihe werden sollte. Außer der Verzinsung von 4½ Prozent würden die Zeichner der Anleihe Prämien erhalten. Als Höchstprämie werden 300 000 Mark vorgeschlagen. Es soll sich also mit anderen Worten um eine Lotterie handeln. — Wir hatten eigentlich gedacht, über das Lotteriewesen (mit all seinen Verlockungen für Unkundige) wären die Akten innerhalb der Arbeiterschaft geschlossen. Wir finden es sehr bedauerlich, daß eine Partei, in der sich immerhin noch Arbeiter befinden, diesen Vorschlag macht und ihn damit verbirgt, daß solche Prämienanleihen „im vorigen Jahrhundert bei den meisten deutschen Staaten sehr beliebt waren“.

Verstaatlichung der Montan-Industrie.

Erster zu nehmen ist der Entwurf eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Montanindustrie. Er hat folgenden Wortlaut:

„I.

Die im Privateigentum befindlichen Betriebe des Bergbaues einschließlich der Nebenbetriebe sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.

II.

Die mit dem Kohlenbergbau verbundenen Betriebe der Großeisenindustrie, sowie die mit dem Metallbergbau verbundenen Hütten und Walzwerke sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.

III.

Für die Entschädigung sollen folgende Richtlinien gelten: Die Entschädigung erfolgt auf der Grundlage der gegenwärtigen Ertragswerte der vom Reich übernommenen Gesamtanlagen einer Unternehmung, jedoch mit der Maßgabe, daß nur für den Teil der übernommenen Anlagen, der im Durchschnitt der Kalenderjahre 1929—1931 effektiv ausgenutzt wurde, Entschädigungsanspruch besteht.

Rückständige Steuerbeträge, Forderungen und bereits gewährte Zuschüsse der öffentlichen Hand werden aufgerechnet.

Die Abgeltung für das auf dieser Grundlage ermittelte Nettovermögen erfolgt in Form einer befristeten Rente im Normalsatz von 5 Prozent.

IV.

Die in Reichseigentum überführten Betriebe sind nach Industriezweigen in regionale Betriebsgesellschaften und zentrale Dachgesellschaften zusammenzufassen, an deren Aufsichtsorganen Vertreter des Reichstags, sowie der gewerkschaftlichen Fachverbände und Spitzenorganisationen angemessen zu beteiligen sind.“

Also nicht nur die Gewinnung von Kohle und Erz soll verstaatlicht werden, worüber sich noch am ehesten reden ließe, sondern auch die Verarbeitung. Und das alles soll dem Staat, und gar dem heutigen kapitalistischen Staat anvertraut werden! Für manche Generaldirektoren wäre es zur Zeit sicherlich beruhigender, wenn sie wüßten, ihre Gehälter erhielten sie vom Staat, und nicht von einem vor dem Konkurs stehenden Konzern. Wie sich die Verbraucher dabei stellen würden — ob sie nicht vom Regen in die Traufe kämen —, würde u. a. von der Höhe der Entschädigung abhängen. Entschädigung nach dem heutigen Ertragswert würde in vielen Fällen, weil der gegenwärtige Ertragswert 0 ist, die entschädigungslose Enteignung bedeuten. Wenn die SPD das will, warum sagt sie es nicht?

Der „Vorwärts“ bezeichnet am 26. Februar die Aussichten auf Annahme des Gesetzesentwurfs als „nicht schlecht“, wenn das Zentrum im Reichstag die gleiche Haltung einnehme, wie sie Zentrumsvertreter — zum Beispiel Imbusch! — in der Öffentlichkeit wiederholt eingenommen haben.

Wer keine Wahl hat, hat die Qual.

Von F. C. Weiskopf.

(Copyright by Malik-Vorlag A.-G., Berlin.)

(1. Fortsetzung.)

Das ereignete sich am Montag und Dienstag nach den „Vierzig Märtyrern“ im Sägewerk. Und am Sonnabend erschienen bei ihnen in der Ziegelei zu ganz ungewohnter Vormittagsstunde der alte Kotrejš, der Großbauer und Ziegeleibetsteher. Pulkrabek sah ihn zuerst gar nicht, weil er gerade in einer Ecke zerbrochene Ziegelformen zusammenflickte, — aber man weiß doch, wie das ist, wenn der Unternehmer unvermutet unter seinen Arbeitern auftaucht! Sofort merkt jeder, daß er da ist, selbst wenn er ihn noch überhaupt nicht zu Gesicht bekommen hat: die Frauen beugen sich tiefer über ihre Arbeit und werken geräuschvoller mit den schmatzenden braunen Lehmklumpen herum; die Tagelöhner karren ihre Lasten eiliger über die sich biegenden Laufbretter auf die Arbeitstische und kippen die Schubkarren mit ungewohnt schneidigen Schwung; der ganze Arbeitstakt wird hart und kurz, und aus den langgezogenen, singenden Rufen zwischen Lehmbruch und Tischen werden knappe, scharfe Befehle . . .

Er merkte also gleich, daß Kotrejš gekommen war. ließ die Fern liegen, an der er gerade nagelte, und lief ihm entgegen. Schon von weitem sah er, daß irgendwas nicht stimmte.

Nun, und dann verschwanden sie — die Arbeiter hinter ihnen gingen gleich zu zischeln an — in der Kanzlei, das heißt in dem windschiefen Verschlag, wo ihnen der Alte immer den Lohn auszahlt . . . und gleich ging es los. Mit der Faust auf die Tischplatte, daß die Ziegelproben und Schreibsachen einen rasenden Tanz aufführten!

„Verfluchtes Gesindel, arbeitsscheues! Nie zufrieden! Immer aufsässig! — Aber wartet nur!“

Und ohne den verdutzten Pulkrabek überhaupt zu Worte kommen zu lassen, schnurrte Kotrejš sein Donnerwetter herunter:

Pack! — Aber sie sollten sich diesmal verrechnen! In's eigene Fleisch würden sie sich schneiden! Jajaja! Streiken? — Gut! Nicht arbeiten! — Sehr gut! Aber dann würde

eben niemand arbeiten! Niemand! Hart auf hart, — und wenn auch Funken fliegen müßten! Er halte es schließlich und endlich aus, wenn die Ziegelei einmal zwei Wochen lang stillstehe. Oder einen ganzen Monat! Er schon! Sie dagegen . . . ?

Und so fort, in einem Zug, bis ihm der Atem ausging, worauf dann Pulkrabek benommen und verwirrt seine ersten Worte hervorstottern konnte:

Was sie denn eigentlich mit all dem zu tun hätten? Sie hier in der Ziegelei? Mit dem Streik im Sägewerk unten und überhaupt? Was in aller Welt sie damit zu tun hätten?!

„So —?! Nichts vielleicht?! Nichts?!“

Und gleich darauf dürr, trocken und gleichgültig, — aber hinter der scheinbaren Ruhe brodelnde Wut:

„Von übermorgen ab — Schluss mit der Arbeit. Aussperrung! Ohne Arbeit im Sägewerk keine Bretter, ohne Bretter kein Bau, ohne Bau kein Bedarf an Ziegeln! — Verstanden?!“

Übrigens läge es nur in ihrer Hand, daß wieder gearbeitet würde. Sie brauchten bloß den Hohlköpfen unten in der Säge klar zu machen, daß . . . Na, sie wüßten ja schon selber!

II

Aussperrung.

So also ist das:

Früh steht man zu gewohnter Stunde auf, obwohl man es nicht müßte, obwohl man Zeit hätte zum Weiterschlafen; geht hinauf zur Ziegelei.

Der Weg ist der alte und die Pflaumenbäume, die ihn begleiten, auch, und die Lehmbrüche drüben haben sich auch nicht verändert. Und die Ziegelei hinter den Hügeln steht auch noch da wie sonst, und wenn man auf der Höhe angelangt für einen Augenblick haltmacht und zu ihr hinüberlukt, so kommt es einem fast so vor, als arbeiteten unten an den Tischen wie gewöhnlich, die sechzehn Frauen mit Lehm und Holzform.

Alles ist also ganz wie früher und man glaubt sogar, das blecherne EGeschirr zwischen Arm und Hüfte zu spüren

. . . bis man dann mit einmal gewahr wird, daß der Bau säuberlich übereinander geschichteter Rohziegel sich gelockert hat; bis man auf umgestürzte Karren und spinwebüberzogene Formen stößt.

Auf den Tischen letzte Reste eingeschlafener Arbeit, — graue, steinhart gewordene Lehmklumpen, in deren vielen Rissen Ameisen und kleine Spinnen herumkrabbeln.

„Pfui Teufel!“

Eine Weile stolpert er zwischen den Tischen herum, geht zu den Lehmbrüchen hinüber und wieder zurück. Dann macht er, daß er wegkommt. Trabt die Chaussee hinunter zum Sägewerk, das genau so starr und leblos daliegt wie die Ziegelei. Unterwegs begegnet er ein paar Kameraden, die müßig dem Wald zutrotten — Reisig sammeln. Im Dorf dann kommt er an anderen vorbei, die — zum x-tenmal schon — etwas an ihren Hütten ausbessern; oder wieder an anderen (da ist er aber schon an den letzten Häusern vorbei), die auf der flachen Uferböschung sitzen und angeln — das sind die wenigen Glücklichen, die eine Fischereilizenz haben. Und den Rest trifft er dann unten an der Südmauer des Sägewerks bei den Streikposten. Dort liegen sie auf ein paar alten Säcken herum, rauchen Kartoffelkraut und spielen „Ferbl“.

Alle sind sie etwas zerfahren und mürrisch, brausen ohne rechten Grund auf und schimpfen. Sind gar nicht mehr so wie in den ersten Streiktage. Das Feiern dauert eben doch schon ein wenig lang, und wenn ihnen der Hunger auch noch nicht an der Kehle sitzt (jeder hat ja sein Zipfelchen Kartoffelacker, seine paar Karnickel und Hennen und vielleicht gar eine Ziege), so hält das bißchen Vorrat doch nicht mehr lange vor und bis zur Ernte ist es noch eine hübsche Weile.

Und dann sind ja auch die jungen Burschen nicht mehr unter ihnen. Die frohen Kerle mit den schief aufs Ohr gesetzten breitschirmigen Mützen und den grell flackernden Halstuchenden. Haben sich anderswo eine Arbeit gefunden. Nur die Älteren sind hier geblieben, die nicht fort können, weil sie ihre Hütten hier haben, ihre Frauen und Kinder.

Die Frauen, das ist auch so ein Kapitel!

(Fortsetzung folgt.)

Der Lebenshaltungsindex.

Das wichtigste Mittel, um die Fortschritte der Preissenkungs-Aktion auf den Arbeiterhaushalt zu beobachten, ist der vom Statistischen Reichsamt errechnete Lebenshaltungsindex. Er ist kein vollkommenes Mittel. Eben darum ist es wichtig, zu wissen, wie er zustande kommt. Wenn man seine Mängel kennt, so kann man am ehesten Fehlschlüsse aus Änderungen des Lebenshaltungsindex vermeiden. Solange wir kein besseres Mittel haben, um die Veränderungen der Lebenshaltungskosten zu beobachten, sind wir jedenfalls darauf angewiesen, den amtlichen Index zu benutzen.

Wie wird der Lebenshaltungsindex errechnet?

Seit 1925 werden in 72 Gemeinden verschiedener Größe, die in verschiedenen Gegenden liegen, regelmäßig Erhebungen über Kleinhandelspreise vorgenommen; auf Grund dieser Erhebungen wird der Lebenshaltungsindex vom Statistischen Reichsamt errechnet. Zur Kontrolle werden Erhebungen in 220 weiteren Gemeinden vorgenommen.

Vom Statistischen Reichsamt ist auf Grund von Haushaltsrechnungen aus dem Jahre 1907 ein Sortiment von Waren und Leistungen zusammengestellt worden. Das Sortiment für die Gruppe „Bekleidung“ sieht zum Beispiel folgendermaßen aus:

- Je ein Herren- und Knabenanzug,
- ein Mädchenkleid,
- ein Frauenrock,
- zwei Blusen,
- je 6 Männer- und Frauenhemden,
- 16 m Hemdentuch,
- 6 Paar Männersocken,
- 6 Paar Frauenstrümpfe,
- je ein Paar Männer- und Frauentiefel,
- 2 Paar Kindertiefel,
- achtmaliges Besohlen mit Absätzen von Männertiefeln.

Auch das Statistische Reichsamt weiß natürlich, daß man noch andere Bekleidungsstücke braucht, zum Beispiel Mäntel und Hüte oder Mützen; um die Preisveränderungen zu messen, genügt es aber tatsächlich, eine Reihe von Gegenständen herauszugreifen und deren Preise laufend festzustellen. Natürlich kommt sehr viel auf die Auswahl der Gegenstände an.

Bei „Bekleidung“ hat man den Jahresbedarf durch das oben genannte „Sortiment“ zu charakterisieren versucht; bei den monatlichen Indexberechnungen wird der sich ergebende Gesamtpreis durch 12 geteilt.

Aehnlich sind für die Gruppen: Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Verkehr und Sonstiges Sortimente zusammengestellt worden.

Der Gesamtpreis der in diesen Sortimenten zusammengestellten Waren ist für die Zeit von 1913/14 nachträglich festgestellt worden; dieser Gesamtpreis ist dann gleich 100 gesetzt worden. Wenn der Lebenshaltungsindex also zum Beispiel auf 180 steht, so bedeutet das: das in die Berechnung einbezogene Sortiment von Waren und Leistungen kostet 80 Prozent mehr als in den Jahren 1913/14.

Täuschungsmöglichkeiten.

Es ist klar, daß die Höhe des Lebenshaltungsindex ganz davon abhängt, welche Waren in das Sortiment hineingenommen werden. Wenn man zum Beispiel gerade von den Waren, die im Preis seit 1914 sehr stark gestiegen sind, wenige Waren in das Sortiment hineinnimmt, obgleich diese Waren von Arbeitern verhältnismäßig stark gekauft werden, dann steigt der Lebenshaltungsindex weniger als die tatsächlichen Lebenshaltungskosten. Die Proletarier werden dann nicht nur vom Kapitalisten, sondern auch vom Statistiker betrogen; dieser erleichtert dem Kapitalisten die Ausbeutung. Auch wenn man gerade von jenen Waren, deren Preisteigerung unter dem Durchschnitt liegt, besonders viel in das Sortiment hineinnimmt, steigt der Index nicht so stark, wie die tatsächlichen Ausgaben steigen. Der Index gibt in beiden Fällen ein schiefes Bild, das von Arbeitgeberverbänden bei Lohnverhandlungen gegen die Arbeiter ausgenutzt werden kann.

Welche Mängel hat der amtliche Lebenshaltungsindex?

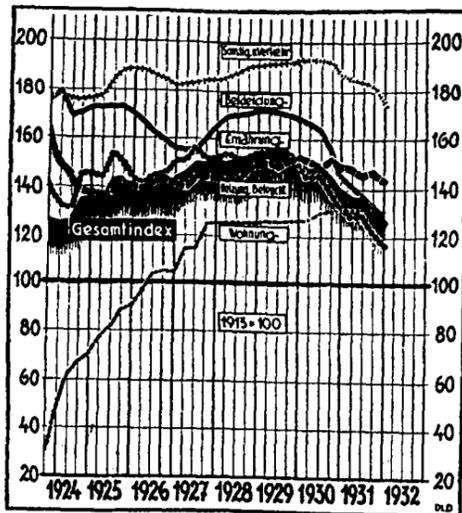
Wir stellen hier zunächst zusammen, welcher Anteil den verschiedenen Ausgaben, gruppenweise zusammengefaßt, bei der Berechnung des Index gegeben worden ist und welcher Anteil in der Wirklichkeit (bei Erhebungen über Haushaltsrechnungen von 896 Arbeiterhaushaltungen in den Jahren 1927/28) festgestellt worden ist.

	Lebenshaltungs-Index	Wirklichkeit 1927/28
Ernährung	54,77 %	45,3 %
Wohnung	20,35 %	13,9 %
Heizung, Beleuchtung	5,55 %	3,6 %
Bekleidung	10,05 %	12,7 %
Verkehr	3,07 %	1,2 %
Sonstiges	6,21 %	23,3 %
	100 %	100 %

Die beiden Zahlenreihen sind nicht ganz vergleichbar. Bei der Zusammenstellung des Lebenshaltungsindex ist zum Beispiel absichtlich von der Einbeziehung der Ausgaben für Steuern und Versicherungsbeiträge abgesehen worden. Diese machen in den Wirtschaftsrechnungen 2,6 und 7,9 Prozent der gesamten Ausgaben aus. Immerhin ist ganz offenbar, daß der Posten Wohnung bei der Berechnung des Index mit größerem Gewicht — wie man das treffend nennt — eingesetzt worden ist, als der Wirklichkeit entspricht, und der Posten „Sonstiges“ mit kleinerem Gewicht, als

der Wirklichkeit entspricht oder genauer: 1927/28 der Wirklichkeit entsprach.

In dem nachstehenden Schaubild ist nicht nur der Gesamtindex der Lebenshaltungskosten von 1924 bis 1931 eingezeichnet (oberer Rand des starken schwarzen Balkens), sondern es sind auch Indices für die einzelnen Gruppen eingezeichnet.



Wir sehen: Die Gruppe, in der die „sonstigen Ausgaben“ mitenthalten sind (sie machen zwei Drittel der Gruppe aus), weist eine besonders starke Preissteigerung auf. Diese kommt im Index nicht genügend zur Geltung, weil der Posten „Sonstiges“ im Index einen geringeren Bruchteil ausmacht als in der Wirklichkeit. Andererseits waren die Wohnungskosten 1927/28 erheblich weniger stark gewachsen als die übrigen Preise, — und gerade die Wohnungskosten nehmen, wie wir gesehen haben, bei der Indexberechnung einen breiteren Raum ein, als sie 1927/28 in der Wirklichkeit einnahmen.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten seit 1913/14 findet also im Lebenshaltungsindex 1927/28 — und auch heute noch — keinen genügenden Ausdruck. Das müssen wir bei allen Vergleichen mit der Vorkriegszeit berücksichtigen, aber nicht nur bei diesen.

Vorsicht bei der Verwendung des Index!

Die Senkung der Wohnungsmiete durch die Notverordnungen prägt sich in der Senkung der Indexziffer wesentlich zu stark aus, eben weil bei der Berechnung den Wohnungsausgaben ein zu starkes Gewicht beigelegt ist. Also auch hier wieder eine Täuschung! Für Zeiten, in denen der Lebenshaltungsindex nicht stark verändert wird, gibt das Statistische Reichsamt einen verhältnismäßig guten Anhalt für die Vergleichung der Lebenshaltungskosten. Wenn in solchen Zeiten Lohnsenkungen von vorhergehenden Senkungen des Lebenshaltungsindex abhängig gemacht werden, kommt die Arbeiterschaft sogar besser weg, als es zunächst scheint. Denn eben weil die Wohnungsausgaben einen zu breiten Raum einnehmen bei der Indexberechnung, müssen bei gleichbleibenden Wohnungsausgaben die Kosten der Lebenshaltung insgesamt (die Wohnungsausgaben eingeschlossen) stärker als 3 Prozent sinken, damit der Index um 3 Prozent sinkt.

Aus unseren Betrachtungen ergibt sich: Weil der Index kein genaues Bild der Wirklichkeit gibt, liegt der Vorteil bei seiner Verwendung bald auf dieser, bald auf jener Seite.

Bei der Verwendung aller, auch der besten Indexziffern für Lebenshaltungskosten müssen wir uns klar sein, daß ihre Zusammenstellung von durchschnittlichen Haushaltungen ausgeht. Es kann zum Beispiel sehr wohl sein, daß die Kosten eines vegetarischen Haushalts steigen, obgleich der Index für die Lebenshaltungskosten sinkt (zum Beispiel dann, wenn gerade die Fleischpreise sinken). Ferner kann es sein, daß die Posten, auf die sich die Kaufkraft der Erwerbslosen vor allem richtet, teurer werden und dabei doch der Lebenshaltungsindex sinkt (wenn nämlich gerade jene Posten, die sich Erwerbslose nicht leisten können, im Preise sinken). Bei jeder Verwendung von Indexziffern ist also die größte Vorsicht angebracht. H. H.

Das nennen sie Handelspolitik.

Portugal: Die Regierung erhöht die Einfuhrzölle um 20 Prozent und führt außerdem ein System der Zuteilung von Einfuhrmengen an die Einfuhrhändler ein. Bestehende Handelsverträge sollen gekündigt werden, soweit dies durch die neuen Maßnahmen notwendig wird.

Schweiz: Die Höhe der Einfuhrkontingente wird noch immer nicht bekannt gegeben, obwohl bekanntlich bereits von Seiten der Regierung erklärt worden ist, für zahlreiche Waren sei das Kontingent bereits erschöpft. Von den einführenden Firmen wird verlangt, daß sie bei Beantragung von Einfuhrerlaubnissen Zollquittungen aus dem Jahre 1928 vorlegen. Fraglich ist, was geschehen soll, wenn Firmen denselben Artikel, den sie jetzt einführen wollen, im Jahre 1928 nicht eingeführt oder wenn sie die Zollquittungen nicht aufbewahrt haben. — Die Behörden können die Bearbeitung der vorliegenden Einfuhranträge nicht bewilligen.

Deutschland: Die Kohleneinfuhr soll im März um weitere 50 000 Tonnen, im April um abermals 50 000 Tonnen gekürzt werden. (Zum Vergleich: im Januar wurden 436 000 Tonnen Steinkohle nach Deutschland eingeführt.) Siedlung hat Zeit?

Die ökonomische Reaktion.

Engländer, kauft britische Waren!

Ueber die Wirkung der englischen Propaganda: „Buy british!“, Kauft Waren aus dem britischen Reich! schreibt „Industrie und Handel“:

„In einzelnen Zweigen der Fertigwarenindustrie, in denen Deutschland gerade bisher einen sehr starken Anteil an der Belieferung des englischen Marktes hatte (z. B. Lederwaren), ist die nationale Propaganda, die heute mit allen erdenklichen Mitteln getrieben wird, offenbar sehr wirksam. Der englische Käufer und vor allem die Käuferin ziehen bei der Wahl zwischen einem britischen und nichtbritischen Produkt den Preis in letzter Linie in Betracht. Von deutschen Exportfirmen, die unter dieser Propaganda leiden, wird vielfach versichert, daß diese psychologische Beeinflussung des Käufers der deutschen Ware wesentlich mehr schadet als die neuen Zölle, und zwar selbst bei Artikeln, die den 50prozentigen Wertzoll zu tragen haben. Um dieser künstlich gezüchteten neuen Käuferpsychologie zu begegnen, greifen jedoch englische Importfirmen selber vielfach zur Selbsthilfe, indem sie ausländische Waren als englische bezeichnen.“

Franzosen, kauft französische Schuhe!

Fast in jedem Pariser Schuhgeschäft ist ein Schild angebracht mit folgender Aufforderung:

„Kauft französische Schuhe! Jedes fremde Paar Schuhe, das Ihr kauft, nimmt einem französischen Arbeiter drei Stunden Arbeit.“

Deutsche, kauft deutsches Holz!

Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes empfiehlt seinen Mitgliedern, bei der Darlehensgewährung für Hausbauten folgende Erklärung unterschreiben zu lassen:

„Ich verpflichte mich hiermit, für den Bau meines Hauses einschließlich der Ausstattung mit Fußboden, Fenstern und Türen nur deutsches Holz zu verwenden und dafür Sorge zu tragen, daß diese Verpflichtung auch von der Bauleitung und den bauausführenden Stellen eingehalten wird. Ich erkenne an, daß bei einem Verstoß gegen diese Verpflichtung die fristlose Kündigung des mir gewährten Kredites ohne Rücksicht auf die sonstigen Bestimmungen des Vertrages erfolgen kann.“

Auch der deutsche Sparkassen- und Giroverband hat seine Anstalten angewiesen, diese Verpflichtungserklärung in ihre Darlehensanträge aufzunehmen.

Katholiken, kauft bei Katholiken!

Von zuverlässiger Seite erfahren wir aus Hagen, daß dort die Pfaffen in den katholischen Kirchen von allen Kanzeln predigen: „Katholiken, kauft nur von Katholiken!“ Da alle öffentlichen Unternehmen den protestantischen Kaufleuten keine Aufträge mehr erteilen, ergriff der protestantische Leiter des Allgemeinen Krankenhauses in Hagen Abwehrmaßnahmen. Er zog bei dem katholischen Kohlenhändler seine Aufträge zurück mit dem Hinweis, er möge sich von seinem Pfarrer sagen lassen, warum er für das Allgemeine Krankenhaus nichts mehr liefern dürfe.

DEUTSCHLAND Reichsteuereinnahmen im Januar

781 Millionen Mark, das sind 78,1 Millionen weniger als im Januar 1931. Der Rückgang ist hauptsächlich auf die Umsatzsteuer und erklärt sich zum Teil dadurch, daß die Umsatzsteuer im Vorjahr vierteljährlich in größeren Betrieben monatlich bezahlt wird. Bei der Umsatzsteuer beträgt der Ausfall gegenüber dem Vorjahr 44 Millionen, bei der Biersteuer 10 Millionen; bei der Lohnsteuer 30 Millionen; bei der Körperschaftsteuer 37 Millionen Mark. Die Körperschaftsteuer (die Einkommensteuer der Aktiengesellschaften u. s. w.) ist gegenüber dem Vorjahr fast halbiert und steht mit dem Rückgang an der Spitze.

Boden- und Kommunalkreditanstalten Ende 1931: Der Umlauf an Schuldverschreibungen stellte sich Ende 1931 auf 12,5 Milliarden (Vorjahr: 12,1). — Die Anstalten haben ausgeliehen auf städtische Hypotheken 5,7 Milliarden Mark (Vorjahr: 5,4), auf landwirtschaftliche Hypotheken 2,9 Milliarden Mark (Vorjahr: 2,8).

AEG-Abschluß: 19 Millionen Mark Verlust (im Vorjahr: 14 Millionen Mark Reingewinn). Jahresumsatz: 370 Millionen Mark (im Vorjahr: 520 Millionen Mark).

Die neuen Kohlenfrachten begünstigen den Ruhrbergbau und wirken sich aus zu Ungunsten des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus: Die arbeitstägliche Förderung hat sich gegenüber dem Dezember folgendermaßen verschoben:

	Steinkohlen:	Ruhrgebiet	— 4,1 %
	Sachsen	+ 3,3 %	
	Niederschlesien	+ 0,3 %	
	Aachen	+ 0,4 %	
	Braunkohlen:	Mitteldeutschland	— 16,9 %
	Rhein	— 11,5 %	

Noch stärker sind die Verschiebungen in der arbeitstäglichen Briketterzeugung:

	Steinkohlenbriketts:	Ruhrgebiet	+ 5,0 %
	Niederschlesien	+ 10,0 %	
	Oberschlesien	+ 3,4 %	
	Braunkohlenbriketts:	Mitteldeutschland	— 17,6 %
	Rhein	— 11,4 %	

Man sieht, welche starke Wirkungen durch Eisenbahntarifänderungen erzielt werden können. Sie gehen vor allem zu Gunsten der Ruhrbergherren!

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits.		Jenseits.	
	Berliner Produktenbörse.	Wochendurchschnitt.	Hamburg.	unverzollt.
	21. 2-27 2	Vorwoche	Vorjahr	27 2
Weizen	24,70	24,82	28,50	11,89
Roggen	19,45	19,88	16,27	8,80
Braugerste	16,93	16,60	20,98	—
Futtergerste	16,33	15,71	19,88	9,35
Hafer	15,20	15,03	14,78	7,74
Weizenmehl	32,67	32,19	36,75	—
Roggenmehl	28,70	28,83	25,53	—